Kontaktadresse:
Niko Köbbe c/o ver.di
Kaiserwall 17
45657 Recklinghausen
info@pflegebuendnis-re.de

Pflegebündnis Recklinghausen

Recklinghausen, 10. April 21

Pressemitteilung

Für eine bedarfsgerechte Personalausstattung
Informationsstand für Volksinitiative wurde nicht gestattet

Um fünf vor zwölf versammelten sich am vergangenen Samstag Mitglieder des Recklinghäuser Pflegebündnisses sowie von attac Recklinghausen zu einer spontanen Foto-Aktion vor dem Rathaus.
Anlass war die am Montag stattfindende Bundestagsanhörung zum „Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung“. Beschäftigte von Kliniken in der ganzen Bundesrepublik protestieren am Montag auf Initiative von ver.di mit ähnlichen Aktionen für bedarfsgerechte Personalvorgaben. Sie kritisieren, dass im aktuellen Entwurf erneut keine bedarfsgerechte Personalbemessung auf den Weg gebracht wird. Diese Aktionen des Gesundheitspersonal sollte unterstützt werden.
„Die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern sind am Ende ihrer Kräfte, und das nicht erst seit der Corona-Pandemie“, betonte Marion Schäfer, Sekretärin der Gewerkschaft ver.di, im Vorfeld der Aktion. „Schon seit Jahren machen wir darauf aufmerksam, dass an allen Ecken und Enden Personal fehlt. Doch bis auf viele Versprechungen kommt in den Kliniken nichts an.“ Immer wieder habe Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zugesagt, für Entlastung zu sorgen. Im Rahmen der Konzertierten Aktion Pflege wurden die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutschen Pflegerat und ver.di damit beauftragt, ein Instrument zur Personalbemessung zu erarbeiten. Seit über einem Jahr liegt dieses vor, die PPR 2.0. Doch passiert ist damit nichts. „Die Geduld der Pflegekräfte ist längst aufgebraucht. Sie haben es satt, sich immer wieder vertrösten zu lassen“, betonte Schäfer. „Die PPR 2.0 muss sofort eingeführt werden. Es ist Spahns letzte Chance.“
Ursprünglich hatten sich die Aktivisten verabredet, um im Rahmen eines Informationsstandes von attac Unterschriften für die NRW-weite Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser für alle“ zu sammeln. Obwohl man der Pandemie entsprechende Maßnahmen vorbereitet und angemeldet hatte, hat die Stadt Recklinghausen die Genehmigung für diesen Informationsstand verweigert.